

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5785

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5785



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Ernährungsinitiative - Argumentarium

Die Ernährungsinitiative verlangt, dass der Bund stärkere Massnahmen ergreift, um die Biodiversität zu erhalten und die Wasserqualität zu sichern. Zudem fordert sie, dass die Netto-Selbstversorgung der Schweiz innerhalb von zehn Jahren von heute rund 42 Prozent auf mindestens 70 Prozent erhöht wird. Erreicht werden soll dieses Ziel durch eine weitgehende Umstellung auf eine pflanzenbasierte Ernährung.

Die GLP teilt das Ziel einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Ernährungswirtschaft und Wasserversorgung. Die starre Festlegung eines Netto-Selbstversorgungsgrads von 70 Prozent halten wir jedoch nicht für sinnvoll.

Die GLP hat sich im Parlament erfolglos für einen Gegenvorschlag eingesetzt, der das Anliegen aufnimmt, aber weniger weit geht.

Vier Gründe für ein NEIN:

1. Das Ziel von 70 Prozent erfordert massive staatliche Eingriffe

Eine Erhöhung der Netto-Selbstversorgung auf mindestens 70 Prozent innerhalb von nur zehn Jahren wäre nur mit sehr tiefgreifenden Massnahmen erreichbar.

Die Initiative lässt offen, wie dieses Ziel konkret umgesetzt werden soll. Absehbar wären jedoch:

- zusätzliche Vorschriften für Landwirtschaft, Verarbeitung und Handel;
- neue oder höhere Subventionen;
- eine stärkere staatliche Steuerung des Lebensmittelangebots;

Das würde zu höheren Lebensmittelpreisen, mehr Einkaufstourismus im Ausland und zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Schweiz führen.

2. Die Initiative gefährdet eine standortangepasste Lebensmittelproduktion

Die Schweiz ist topografisch bedingt zu einem grossen Teil Grasland. Viele Flächen, beispielsweise in den Bergen, sind zu steil oder klimatisch ungeeignet für den Ackerbau. Ohne die Produktion tierischer Lebensmittel könnten diese Flächen kaum noch zur direkten Ernährung der Bevölkerung beitragen.

Wir essen in der Schweiz zwar klar zu viel Fleisch, aber eine pauschale Verlagerung von der tierischen zur pflanzlichen Produktion wird den unterschiedlichen Standortbedingungen der Schweiz nicht gerecht. Für die Versorgungssicherheit braucht es vielmehr eine standortangepasste Kombination aus pflanzlicher und tierischer Produktion.

3. Ernährungssicherheit ist mehr als eine Prozentzahl

Die Ernährungssicherheit der Schweiz lässt sich nicht auf den Selbstversorgungsgrad reduzieren.

Entscheidend sind auch:

- stabile Handelsbeziehungen
- eine widerstandsfähige und innovative Landwirtschaft
- nachhaltige Produktionsmethoden

- funktionierende Lieferketten
- die Verfügbarkeit von Saatgut, Dünger, Energie und weiteren Produktionsmitteln
- ausreichende Lagerbestände
- die Anpassung an den Klimawandel

Eine starre Prozentvorgabe ist deshalb kein geeigneter Weg, um die Versorgungssicherheit der Schweiz zu gewährleisten.

4. Nachhaltigkeit und Selbstversorgung sind nicht dasselbe

Ein höherer Selbstversorgungsgrad führt nicht automatisch zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft. Entscheidend ist nicht nur, wo ein Lebensmittel produziert wird, sondern auch wie. Eine Produktion in der Schweiz kann ebenfalls hohe Umweltbelastungen verursachen, wenn sie besonders viele Ressourcen benötigt oder stark auf importierte Futtermittel, Dünger und Energie angewiesen ist. Umgekehrt können importierte Lebensmittel unter bestimmten Bedingungen ressourcenschonender produziert werden als in der Schweiz.